

L-€go
Länder-Entgeltordnung durchsetzen

Tarifvertrag
der Länder



Zahlen Daten Fakten zur Tarifrunde 2011

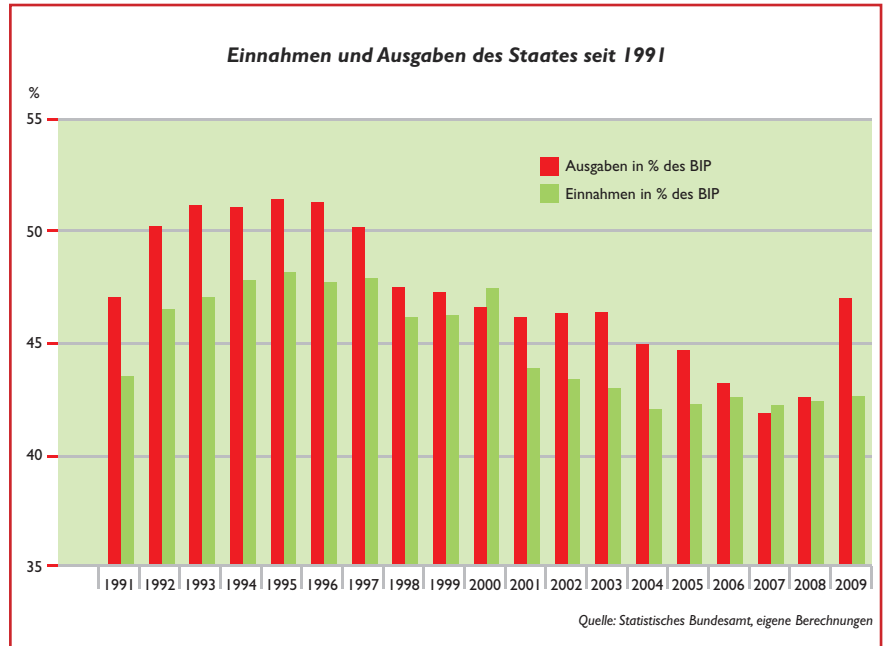
Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft



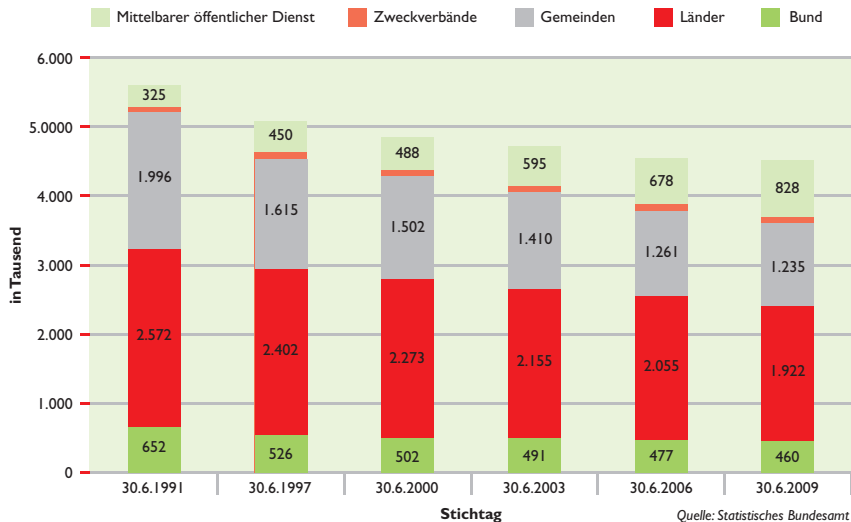
Gibt der Staat zu viel Geld aus?

In der öffentlichen Diskussion wird immer der Eindruck erweckt, die öffentlichen Kassen seien leer, weil der Staat immer mehr Geld ausbebe. Das Gegenteil ist wahr! Seit Mitte der 90er Jahre beansprucht der Staat einen immer kleineren Anteil der Wirtschaftsleistung des Landes. Das wird deutlich, wenn man die Einnahmen und Ausgaben jeweils als Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) betrachtet. Einzige Ausnahme: Das 2009 in der Krise aufgelegte Konjunkturprogramm. Doch selbst da wurde der Wert von 1991 nicht überschritten.

Nur sind die Einnahmen des Staates noch schneller zurückgegangen (das Jahr 2000 ist wegen der Erlöse aus den versteigerten Mobilfunklizenzen ein „Ausreißer“). Das hat System: Erst wird über zu hohe Abgaben lamentiert, dann werden die Steuern gesenkt, und dann heißt es, der Staat müsse sparen. Die Steuersenkungen seit 1998 summieren sich auf über 50 Mrd. Euro im Jahr. So sieht der organisierte Rückzug des Staates aus. Bessere Bildung und mehr Gerechtigkeit sind so nicht zu machen!



Beschäftigte im Öffentlichen Dienst seit 1991 (ohne Post und Bahn)



Personalabbau: Das Ende der Fahnenstange

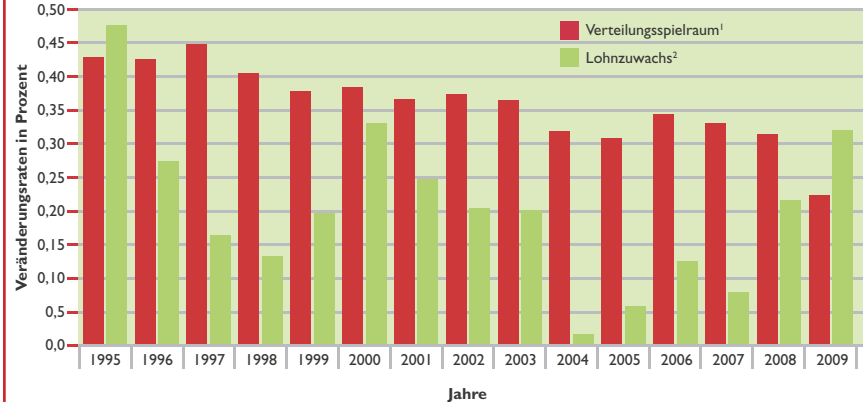
Nicht alle Ausgaben des Staates sind in den letzten Jahren zurückgegangen. Renten, Gesundheit, Arbeitsmarkt und Pflege – das waren alles wachsende Posten. Am stärksten zugenommen haben die Zinszahlungen. Besonders heftig gespart wurde bei den Personalausgaben. Seit 1991 schrumpfte die Zahl der insgesamt im öffentlichen Dienst Beschäftigten von 6,7 Millionen auf nur noch 4,5 Millionen Menschen!

Zwar verbergen sich dahinter zum Teil die Privatisierung ehemals öffentlich erbrachter Leistungen – von Kitas über Stadtwerke bis hin zu Post und Bahn. Vor allem aber steckt hinter dieser Zahl ein massiver Personalabbau, erkaufte mit Leistungseinschränkungen, Arbeitsverdichtung und Arbeitszeitverlängerung. Besonders drastisch wurde die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer angehoben: Im Westen um zwei bis drei Unterrichtsstunden, im Osten um bis zu acht Stunden pro Woche.

15 Jahre Umverteilung

Eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung erfordert, dass die Arbeitnehmer/innen angemessen am Produktivitätsfortschritt beteiligt werden. Das ist gegeben, wenn die Löhne pro nicht stärker, aber auch nicht weniger stark wachsen als die Produktivität plus der von der Zentralbank angestrebten Preissteigerung. Letztere wird von der Europäischen Zentralbank mit „unter zwei Prozent“ angegeben. Vergleicht man den so definierten Verteilungsspielraum mit der tatsächlichen Lohnentwicklung, so stellt man fest, dass Löhne und Gehälter in Deutschland seit Jahren zu wenig gewachsen sind. Einzig das Krisenjahr 2009 fällt heraus – aber nur, weil die Produktivität pro Stunde wegen der Kurzarbeit in weiten Bereichen gefallen ist. Schon 2010 kehrte sich diese Entwicklung wieder um. Für 2011 ist es auch aus internationaler Perspektive notwendig, dass der Verteilungsspielraum ausgeschöpft wird: Nur wenn die Binnenwirtschaft in Deutschland expandiert, kann die Eurokrise überwunden werden. Und die Binnenwirtschaft kann nur in Schwung kommen, wenn auch die Lohneinkommen kräftig zulegen.

Ausschöpfung des Verteilungsspielraums

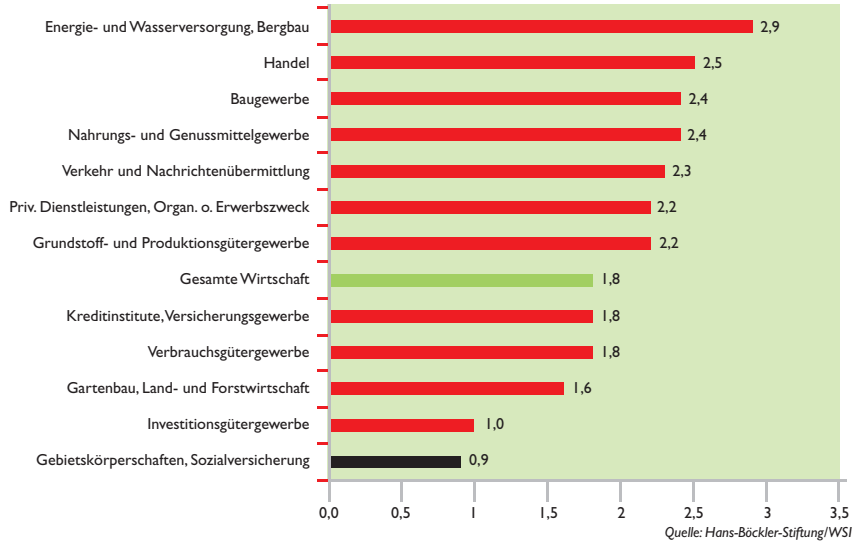


1) Arbeitsproduktivität/Stunde plus „Zielinflationsrate“ 1,9 Prozent

2) Zunahme der Bruttolohnkosten je Arbeitsstunde.

Quelle: Hans-Böckler-Stiftung/IMK

Tariflohnentwicklung 2010



Tariflöhne: Öffentlicher Dienst hinkt hinterher

Auch 2010 wurde der Verteilungsspielraum nicht ausgeschöpft. Die Tariflöhne und -gehälter sind 2010 im Durchschnitt um 1,8 Prozent gestiegen. Da die Inflation aber nur 1,1 Prozent betrug, hatten die meisten Arbeitnehmer/innen in Deutschland nach Jahren der Stagnation endlich mehr in der Tasche. Nicht so der Öffentliche Dienst (Gebietskörperschaften, Sozialversicherung) – der musste sich erneut eine reale Nullrunde gefallen lassen!

Den Beschäftigten gegenüber wird gern auf die Schuldenbremse verwiesen, die neue Schulden der Bundesländer ab dem Jahr 2020 verbietet. Dabei geht der starke Anstieg der Schulden 2010 überwiegend auf Kosten der Bankenrettung – allein die Übernahme der „Bad Bank“ der WestLB durch das Land NRW erhöht den Schuldenstand des Landes um mehr als 42 Milliarden Euro – in Ziffern: 42.600.000.000 Euro – mehr als NRW in einem Jahr an Steuern einnimmt!

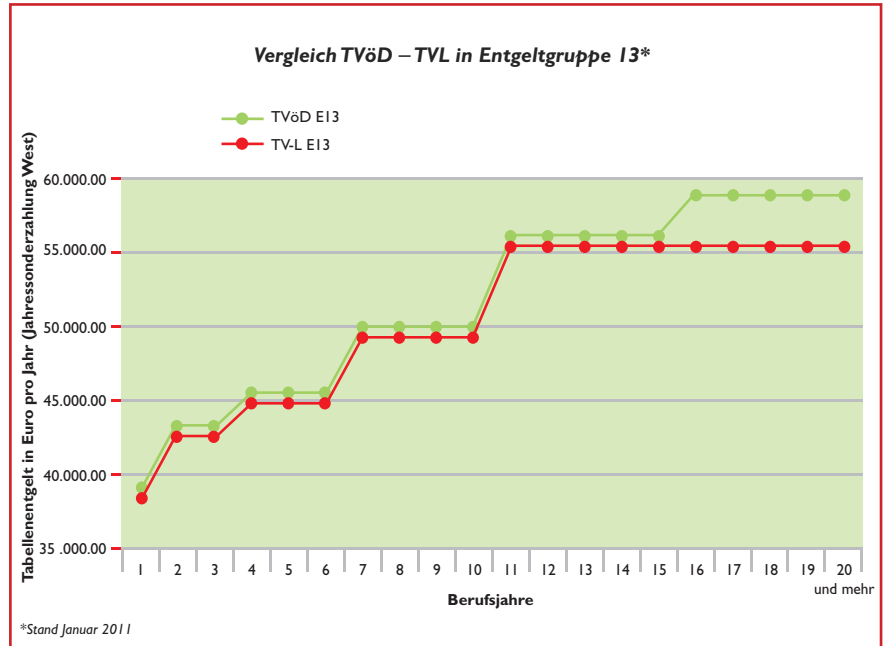
Länder besonders knauserig

Noch 2004, vor Einführung von TVöD und TV-L, galt bei Bund und Ländern die gleiche BAT-Tabelle. Heute verdienen die gleichen Beschäftigten beim Bund besser als bei den Ländern.

Die Länder geben rund ein Drittel ihres Haushaltes für Personal aus, gut 100 von insgesamt rd. 300 Mrd. Euro. Zum Vergleich: Die Kommunen geben „nur“ 45 von 180 Mrd. Euro für ihre Beschäftigten aus, der Bund nicht mal 45 von 350 Mrd. Euro.

Geht man davon aus, dass ein Tarifergebnis mit den Ländern in vollem Umfang auf Beamtinnen und Beamte übertragen wird, so lassen sich die Kosten einer Tarifierhöhung von einem Prozent also leicht überschlagen: Ein Prozent von 100 Mrd. Euro macht eine Mrd. Euro.

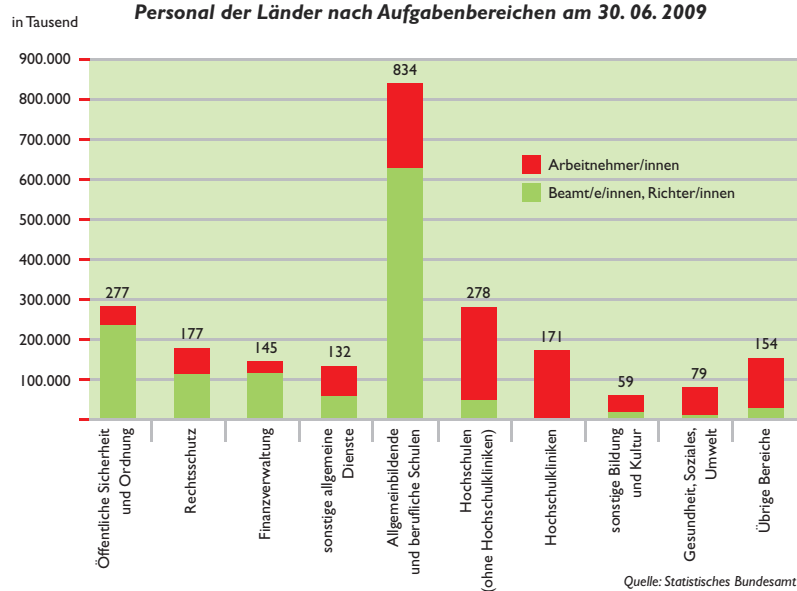
Finanziell lässt sich das verkraften: In der jüngsten Steuerschätzung korrigierten die Schätzer die erwarteten Steuereinnahmen, allein für die Länder um 5,5 Mrd. (2010) bzw. 8,5 Mrd. Euro (2011) nach oben.



Beschäftigte der Länder: Bildung dominiert

Die 16 Bundesländer zusammen beschäftigen fast zwei Millionen Menschen, davon 1,2 Millionen Beamtinnen und Beamte. Nimmt man den „mittelbaren“ öffentlichen Dienst unter Aufsicht der Länder hinzu (dazu zählen z. B. rechtlich selbstständige Kliniken oder Hochschulen), so sind von der Tarifrunde 201 I rd. 2,3 Millionen Menschen betroffen. Zum Vergleich: Im gesamten Baugewerbe in Deutschland arbeiten rund 2,2 Millionen Menschen, davon 1,7 Millionen ArbeitnehmerInnen, der Rest Selbständige.

Das bei weitem größte Betätigungsfeld der Landesbediensteten ist die Bildung. Allein an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen arbeiten über 600.000 Beamtinnen und Beamte und 200.000 Angestellte. Hinzu kommen fast 50.000 Beamte und 400.000 Angestellte im Hochschulbereich (davon gut 170.000 Beschäftigte an Unikliniken).

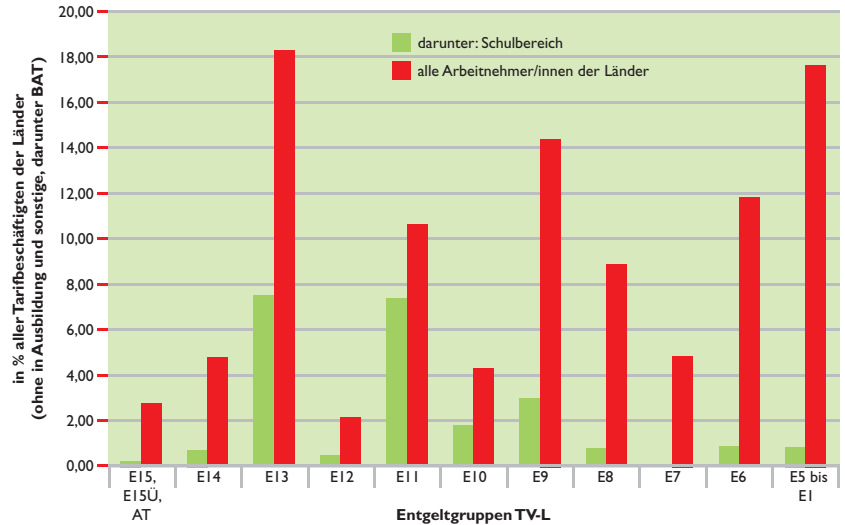


Landesbeschäftigte gut ausgebildet

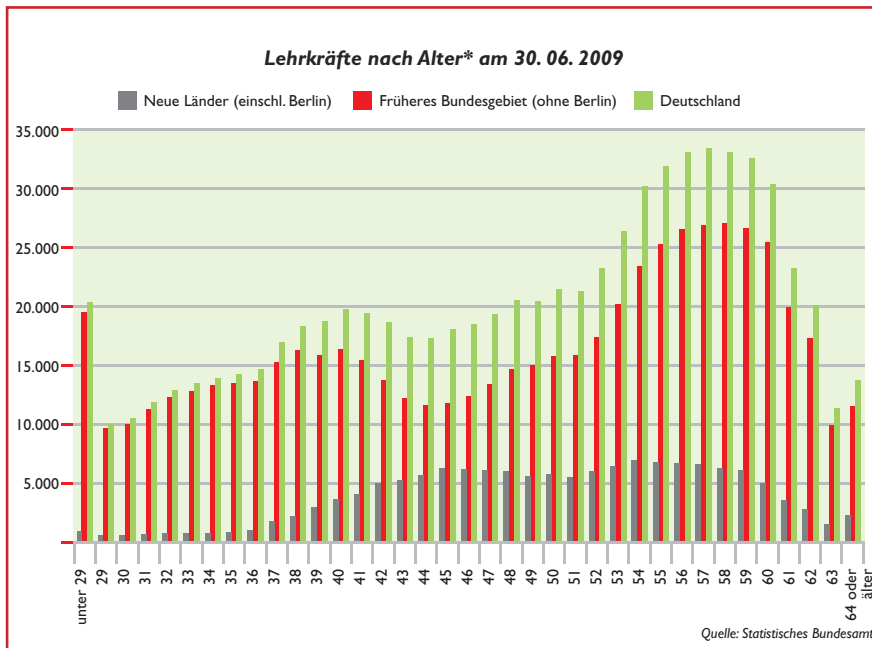
Die Bundesländer beschäftigen überdurchschnittlich viel gut ausgebildetes Personal. Sie haben deshalb mehr Tarifbeschäftigte in den höheren Entgeltgruppen 9 bis 15, in denen im Regelfall eine Ausbildung an einer Fachhochschule oder Universität erwartet wird. Wer gut qualifizierte Mitarbeiter benötigt, muss anständig bezahlen, um gegenüber der Privatwirtschaft konkurrenzfähig zu bleiben.

Besonders hoch ist der Anteil der Akademiker im Schuldienst: Mehr als 2/3 der in Entgeltgruppe E11 Eingruppierten und fast die Hälfte in E13 arbeitet an Schulen. Für die Länder als Arbeitgeber hat die Beschäftigtenstruktur einen finanziellen Vorteil: Ein Sockelbetrag von 50 Euro für alle, der bei einem „Durchschnittsverdiener“ mit 2.500 Euro – in etwa Entgeltgruppe 8 Stufe 4 – genau zwei Prozent Lohnerhöhung entspricht, kostet die Länder deshalb insgesamt weniger als eine zweiprozentige Erhöhung für alle Beschäftigten.

Verteilung der Tarifbeschäftigten der Länder auf die Entgeltgruppen am 30. 06. 2009



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen



* Nicht enthalten sind Beschäftigte an kommunalen und privaten Schulen, Beschäftigte in Ausbildung sowie Beschäftigte der Besoldungs- und Entgeltgruppen unterhalb A9 bzw. E9 (z. B. ErzieherInnen, Heilpädagoginnen, Sekretärinnen, Hausmeister); Beschäftigte im Schuldienst der Länder

Die Pensionierungswelle hat erst begonnen

Lehrerstellen sind immer schwerer zu besetzen. Erst galten nur die MINT-Fächer (Mathe, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) als problematisch. Dann kamen die Fremdsprachen hinzu, und inzwischen umfasst die Liste der „Mangelfächer“ fast alles, was Schulen zu bieten haben.

Dabei steht uns das Schlimmste noch bevor: Die stärksten Lehrerjahrgänge erreichen ab 2013 das 63. und ab 2015 das 65. Lebensjahr. Dann verlassen Jahr für Jahr um die 33.000 Kolleginnen und Kollegen aus Altersgründen die Schulen. Im Osten sieht es nicht besser aus, nur zeitversetzt.

Die jungen KollegInnen, die diese Stellen einnehmen sollen, müssten heute längst studieren. Schreibt man Studienanfängerzahlen und Abbrecherquoten der letzten Jahre fort, so erreichen in den nächsten Jahren 25.000 bis 28.000 Absolventen pro Jahr das zweite Staatsexamen. Deshalb fordert die GEW u. a., die Referendariatsplätze zu erhöhen. Daneben bedarf es einer adäquaten Bezahlung – während des Vorbereitungs-dienstes und danach!

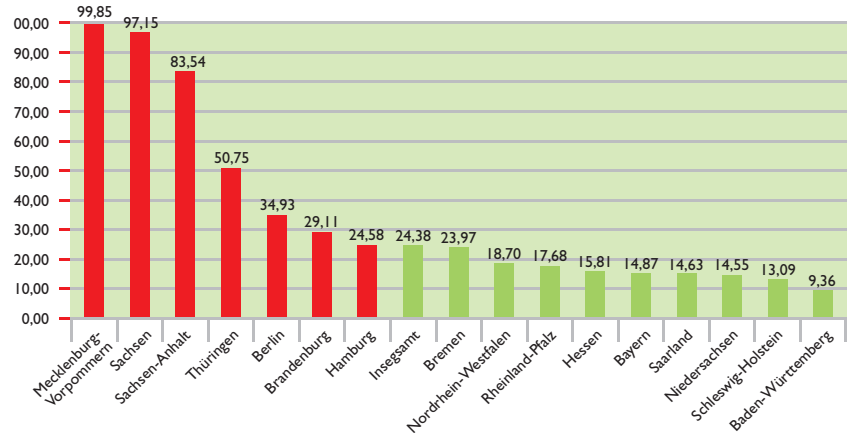
Angestellte Lehrkräfte: Verstreut, aber mächtig!

In vielen Kollegien wird nicht darüber gesprochen, wer Beamter ist und wer „nur“ einen Arbeitsvertrag in der Tasche hat – möglicherweise gar einen befristeten. Schließlich machen doch alle die gleiche Arbeit.

In einigen Bundesländern ist der Angestelltenstatus die Regel. In den meisten Bundesländern bilden allerdings die BeamtInnen die Mehrheit. Dort fühlen sich die Angestellten mit ihren Problemen häufig allein gelassen und auch unverstanden.

Doch auch sich wenn an jeder einzelnen Schule nur wenige Tarifbeschäftigte finden – zusammen sind es viele! Drei Viertel der 200.000 angestellten Lehrkräfte arbeiten an Schulen, in denen mehrheitlich Beamte beschäftigt sind. Natürlich werden sie nicht, wie in Frankreich oder anderswo üblich, die Schulen „dicht-machen“. Aber gemeinsam können sie Zeichen setzen, die man nicht übersieht.

Anteil Tarifbeschäftigte aus allen Beschäftigten
im Schuldienst der Länder 2009*



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

* enthält in den Stadtstaaten sowie z.T. Bayern auch Hausmeister, Schuleretären u. ä.

GEW stärken – ich bin dabei

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

Straße/Nr.

Land/PLZ/Ort

Geburtsdatum/Nationalität

Bisher gewerkschaftlich organisiert bei _____ von _____ bis _____ (Monat/Jahr)

Telefon _____ Fax _____

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten und seine Zahlungen daraufhin regelmäßig zu überprüfen. Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag erkenne ich die Satzung der GEW an und ermächtige die GEW zugleich widerruflich, den von mir zu leistenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich von meinem Konto abzubuchen.

Ort/Datum _____ Unterschrift _____

Ihr Mitgliedsbeitrag:

- BeamtInnen zahlen 0,75 Prozent der Besoldungsgruppe und -stufe, nach der sie besoldet werden.
- Angestellte zahlen 0,7 Prozent der Entgeltgruppe und Stufe, nach der vergütet wird.
- Der Mindestbeitrag beträgt immer 0,6 Prozent der untersten Stufe der Entgeltgruppe I des TVöD.
- Arbeitslose zahlen ein Drittel des Mindestbeitrages.

Ihre Daten sind entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes geschützt.

E-Mail

Berufsbezeichnung/-ziel _____ beschäftigt seit _____ Fachgruppe _____

Name/Ort der Bank

Kontonummer _____ BLZ _____

Tarif-/Besoldungsgebiet

Tarif-/Besoldungsgruppe _____ Stufe _____ seit _____

Bruttoeinkommen € monatlich (falls nicht öffentlicher Dienst)

Betrieb/Dienststelle/Schule _____ Träger des Betriebes/der Dienststelle/der Schule _____

Straße/Nr. des Betriebes/der Dienststelle/der Schule _____ PLZ/Ort _____

- Studierende zahlen einen Festbetrag von 2,50 Euro.
 - Mitglieder im Referendariat oder Praktikum zahlen einen Festbetrag von 4 Euro.
 - Mitglieder im Ruhestand zahlen 0,66 Prozent ihrer Ruhestandsbezüge.
- Weitere Informationen sind der Beitragsordnung zu entnehmen.

Zahlen Daten Fakten 2011

Beschäftigungsverhältnis

- Honorarkraft
- angestellt
- beamtet
- teilzeitbeschäftigt mit _____ Prozent
- teilzeitbeschäftigt mit _____ Std./Woche
- in Rente/pensioniert
- Altersteilzeit
- befristet bis _____
- arbeitslos
- beurlaubt ohne Bezüge
- im Studium
- in Elternzeit
- Referendariat/
Berufspraktikum
- Sonstiges _____

**Bitte per Fax an
069/78973-102 oder
GEW-Hauptvorstand,
Reifenberger Str. 21,
60489 Frankfurt**

**Vielen Dank!
Ihre GEW**

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Hauptvorstand
Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt am Main

Verantwortlich:
Ilse Schaad, Ulf Rödde
Redaktion: Gesa Bruno-Latocha

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann GmbH,
Frankfurt am Main
www.zplusz.de

Druck:
Leutheuffer, Coburg

Februar 2011

Unsere Anschriften

GEW Baden-Württemberg

Silcherstraße 7
70176 Stuttgart
Tel. 07 11/2 1030-0
Fax 07 11/2 1030-45
www.gew-bw.de
info@gew-bw.de

GEW Bayern

Schwanthaler Straße 64
80336 München
Tel. 0 89/54 40 81-0
Fax 089/5 38 94 87
www.gew-bayern.de
info@gew-bayern.de

GEW Berlin

Ahornstraße 5
10787 Berlin
Tel. 0 30/21 99 93-0
Fax 0 30/21 99 93-50
www.gew-berlin.de
info@gew-berlin.de

GEW Brandenburg

Alleestraße 6a
14469 Potsdam
Tel. 03 31/271 84-0
Fax 03 31/271 84-30
www.gew-brandenburg.de
info@gew-brandenburg.de

GEW Bremen

Löningstraße 35
28195 Bremen
Tel. 04 21/3 37 64-0
Fax 04 21/3 37 64-30
www.gew-bremen.de
info@gew-hb.de

GEW Hamburg

Rothenbaumchaussee 15
20148 Hamburg
Tel. 0 40/41 46 33-0
Fax 0 40/44 08 77
www.gew-hamburg.de
info@gew-hamburg.de

GEW Hessen

Zimmerweg 12
60325 Frankfurt
Tel. 0 69/97 12 93-0
Fax 0 69/97 12 93-93
www.gew-hessen.de
info@gew-hessen.de

GEW Mecklenburg-Vorpommern

Lübecker Straße 265a
19059 Schwerin
Tel. 03 85/485 27-0
Fax 03 85/485 27-24
www.gew-mv.de
landesverband@gew-mvp.de

GEW Niedersachsen

Berliner Allee 16
30175 Hannover
Tel. 05 11/3 38 04-0
Fax 05 11/3 38 04-46
www.gew-nds.de
E-Mail@gew-nds.de

GEW Nordrhein-Westfalen

Nünningstraße 11
45141 Essen
Tel. 02 01/2 94 03 01
Fax 02 01/2 94 03 51
www.gew-nrw.de
info@gew-nrw.de

GEW Rheinland-Pfalz

Neubrunnenstraße 8
55116 Mainz
Tel. 0 61 31/2 89 88-0
Fax 0 61 31/2 89 88-80
www.gew-rlp.de
gew@gew-rlp.de

GEW Saarland

Mainzer Straße 84
66121 Saarbrücken
Tel. 06 81/6 68 30-0
Fax 06 81/6 68 30-17
www.gew-saarland.de
info@gew-saarland.de

GEW Sachsen

Nonnenstraße 58
04229 Leipzig
Tel. 03 41/49 47-404
Fax 03 41/49 47-406
www.gew-sachsen.de
gew-sachsen@t-online.de

GEW Sachsen-Anhalt

Markgrafenstraße 6
39114 Magdeburg
Tel. 03 91/73 554-0
Fax 03 91/731 3405
www.gew-lsa.de
info@gew-lsa.de

GEW Schleswig-Holstein

Legienstraße 22-24
24103 Kiel
Tel. 04 31/5195-1550
Fax 04 31/5195-1555
www.gew-sh.de
info@gew-sh.de

GEW Thüringen

Heinrich-Mann-Straße 22
99096 Erfurt
Tel. 03 61/5 90 95-0
Fax 03 61/5 90 95-60
www.gew-thueringen.de
info@gew-thueringen.de

GEW-Hauptvorstand

Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt
Tel. 0 69/7 89 73-0
Fax 0 69/7 89 73-201
www.gew.de
info@gew.de

GEW-Hauptvorstand

Parlamentarisches
Verbindungsbüro Berlin
Wallstraße 65
10179 Berlin
Tel. 030/23 50 14-0
Fax 030/23 50 14-10
parlamentsbuero@gew.de

www.gew.de